

Neue Zürcher Zeitung

INTERVIEW

«Wir werden mit aller Vehemenz eine Kampagne gegen den Rahmenvertrag führen. Aber ich will kein zweiter Christoph Blocher werden»

Der Finanzmanager und Gründer der Partners Group, Alfred Gantner, möchte den Rahmenvertrag mit der EU zu Fall bringen. Er träumt von einer Basisbewegung nach dem Vorbild der Operation Libero – und sagt, warum er die Personenfreizügigkeit als Pfand sieht.

Christoph Eisenring, Tobias Gafafer, Peter A. Fischer, Text; Annick Ramp, Bilder

5 Kommentare →

03.02.2021, 05.30 Uhr

Alfred Gantner wirbelt in der Politik gerade viel Staub auf. Der 52-Jährige hat es mit den zwei anderen Mitgründern der Partners Group zu einem Milliardenvermögen gebracht. Nun treten die drei früheren Goldman-Sachs-Banker mit der Allianz «Kompass/Europa» gegen den Rahmenvertrag an, der das Verhältnis der Schweiz zur EU institutionell festigen soll. Der stattliche Ein-Meter-neunzig-Mann ist in diesen Tagen noch beschäftigter als sonst schon. Zum zweistündigen Gespräch bittet er ins Family Office, das neben der Autobahn im zugerischen Steinhausen liegt.

Zuvor diskutierte Gantner mit dem Ständerat Matthias Michel (Zug, fdp.). Nach dem Treffen mit der NZZ erwartet er Besuch von einem Nationalrat, und am Montag empfängt ihn Aussenminister Ignazio Cassis. Auch mit Exponenten wie der SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer und dem

Gewerkschaftspräsidenten Pierre-Yves Maillard tauschte sich Gantner aus. Dabei fielen die international ausgerichteten Gründer der Partners Group bis vor kurzem politisch nicht auf. Das dürfte sich ändern. Für die im Januar lancierte Allianz haben sie bereits über 500 Sympathisanten aus Wirtschaft und Gesellschaft zusammengetrommelt. Doch woher kommt dieses plötzliche Engagement gegen den EU-Rahmenvertrag?



«Wenn wir zwischen dem Rahmenvertrag und dem Brexit-Abkommen wählen müssten, nähmen wir, ohne zu zögern, die zweite Option», sagt Alfred Gantner.

Herr Gantner, woher kommt Ihre Opposition, ist für Sie die EU des Teufels?

Das europäische Projekt hat sehr positive Seiten. Mein Schwager, der 82 ist und als Kind im Krieg in Österreich war, spricht von der EU als grossem Friedensprojekt. Ich verstehe, dass man Herzblut für die EU haben kann. Ich habe aber eine gewisse EU-Skepsis. Ich war schon als junger Händler überzeugt, dass der Euro ein Fehler ist. Er dient den starken Euro-Ländern und ist für die peripheren Staaten ein Fiasko.

Beim Rahmenvertrag geht es nicht um die Frage, ob die EU auf dem richtigen Weg ist, sondern darum, wie die Schweiz sich den Marktzugang in ausgewählten Bereichen sichern kann.

Das sehe ich nicht so. Die Bedingungen, die unseren Wohlstand begründen, wären mit einem Rahmenabkommen nachhaltig gefährdet. Denn dieses sieht eine dynamische, eigentlich sogar automatische Übernahme von EU-Recht vor. Wir blicken viel zu wenig nach vorne. Mit jedem neuen sektoriellen Abkommen, das wir mit der EU schliessen werden, rücken wir näher an die EU, mit der Folge, dass wir deren Gesetze und Bürokratie mit übernehmen. Das würde uns in zwanzig Jahren mehr kosten, als wir wirtschaftlich vom Rahmenabkommen profitierten.

Sie fürchten also, dass wir mit einem Rahmenvertrag immer näher an einen EU-Beitritt herankommen?

Das ist keine Befürchtung, das ist eine Tatsache. Wenn wir überzeugt sind, dass eine zunehmende Integration der richtige Weg ist, dann müssen wir die Rechtsübernahme akzeptieren. Wir können auch nicht an der Fussball-Europameisterschaft mitspielen und sagen, bei uns zählt der Video-Assistent nicht, weil wir dagegen das Referendum ergriffen haben. Die laufend weitergehende Integration in den Binnenmarkt wird zwangsläufig dazu führen, dass die EU-Gerichtsbarkeit dominieren wird. Es gibt nicht den Fünfer und das Weggli.

Aber der Geltungsbereich des Rahmenvertrags würde nicht automatisch erweitert. Die Schweiz entscheidet, ob eine weitere Integration in den Binnenmarkt, etwa ein Stromabkommen, in ihrem Interesse wäre.

Aber wenn Sie das Stromabkommen unterschreiben und die EU ändert in einigen Jahren die Gesetze in diesem Bereich, dann ist der ursprüngliche Vertrag Makulatur. Die gemeinsame Erklärung zur Modernisierung des Freihandelsabkommens sieht zudem vor, dass die Schweiz und die EU auch über soziale, digitale und ökologische Fragen verhandeln wollen. Die Kombination von dynamischer Rechtsübernahme, Guillotine-, Kündigungs- sowie Revisionsklausel erachte ich als toxisch. Die EU kann den Perimeter in einzelnen Verträgen ändern, ohne dass die Schweiz dies verhindern kann. Wenn wir den Weg des Rahmenabkommens beschreiten möchten, werden wir uns bei Spielregeln zum Wettbewerb vermehrt dem EU-Durchschnitt annähern.

Mit dem Rahmenabkommen erhalte die Schweiz ja gerade eine geordnete Möglichkeit, eine Gesetzesänderung nicht zu übernehmen. Die EU könnte uns nicht mehr willkürlich bestrafen, wie es heute der Fall ist.

Ja, dem Namen nach gibt es diese Möglichkeit. Aber es ist ein diplomatischer Marketing-Trick. Im Vertrag steht: Wir übernehmen EU-Recht. Dort steht nicht: Wir übernehmen EU-Recht selektiv. Wir haben zwar die Möglichkeit, Nein zu sagen. Dann geht es aber nur noch darum, herauszufinden, was uns das kostet. Das ist doch keine richtige Referendumsmöglichkeit.

Wir haben mit der EU über hundert Abkommen. Hier geht es um die fünf Bilateralen, mit denen die Beteiligung am Binnenmarkt abgesichert wird. Auch Sie sagen, dass die Bilateralen bisher ein guter Kompromiss waren. Weshalb soll das jetzt nicht mehr gelten?

Es ist doch ein Ammenmärchen, dass der Marktzugang ohne Rahmenvertrag nicht mehr gegeben ist. Marktzugang heisst, dass wir unsere Produkte jederzeit in die EU verkaufen können, genauso, wie das die Engländer jetzt auch können. Die Frage ist doch bloss, wie präferenziell dieser Marktzugang sein soll und was wir bereit sind, dafür auf den Tisch zu legen.

Aber die Engländer können jetzt ihre Güter nicht mehr einfach in die EU verkaufen, ohne dort zuerst eine Zertifizierung zu erhalten.

Das ist eine Nebelpetarde. Wir könnten doch weiterhin einseitig die Konformitätsbewertungen der EU anerkennen. Grundsätzlich haben wir zwei Möglichkeiten: Wir nehmen die dynamische Rechtsübernahme in Kauf, und überall dort, wo wir abweichen, lassen wir das Schiedsgericht entscheiden, wie viel an Ausgleichsmassnahmen wir zahlen müssen. Oder wir sagen: Wir wollen selbst gestalten. In 80 oder 90% der Fälle hat EU-Recht Sinn, und wir übernehmen das. Aber dort, wo wir aus gutem Grund abweichen, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu schützen, sagen wir Nein. Uns beschäftigt im Moment etwa stark die Europäische Datenschutzrichtlinie, ein bürokratisches Monster.

Diese hat jedoch mit dem Rahmenabkommen und den Bilateralen nichts zu tun. Die EU setzt im Datenschutz weltweit Standards.

Es ist klar, dass wir als Partners Group die Datenschutzrichtlinie anwenden müssen. Aber warum soll auch ein Schweizer Hotelier diese umsetzen müssen, der keine direkte Beziehung in die EU hat? In unserem Maiensäss-Hotel haben wir zu 80% Schweizer Gäste. Ich darf aber nichts mehr notieren über ihre Präferenzen oder darüber, wann sie Geburtstag haben. Der Service wird dadurch eingeschränkt.

Das Beispiel der Datenschutzrichtlinie zeigt, dass EU-Recht für die Schweiz auch ohne Rahmenvertrag eine grosse Rolle spielt. Aber wer ist dieser Mann, der sich derart gegen das Abkommen ins Zeug wirft? Alfred «Fredy» Gantner ist im Aargau

aufgewachsen. Er hat zunächst eine Banklehre bei der Schweizerischen Bankgesellschaft absolviert. Nach der Matura auf dem zweiten Bildungsweg ging er 1992 in den amerikanischen Gliedstaat Utah, wo er mit seiner Frau Cornelia an der Brigham Young University studierte – er machte einen MBA, sie einen Abschluss in Journalismus. Die Gemeinschaft im Campus dieser den Mormonen gehörenden Uni hatte ihn zuvor schon als Sprachschüler fasziniert, so dass er sich im Alter von 23 den Mormonen anschloss. Auch in der Schweiz engagieren sich die fünffachen Eltern in der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage.

Bei der US-Investmentbank Goldman Sachs lernte Gantner Urs Wietlisbach und Marcel Erni kennen. Mit 28 machte sich Gantner zusammen mit diesen selbständig und gründete die Partners Group. Ihr Geschäftsmodell besteht primär darin, das Geld ihrer Anleger – gegenwärtig 109 Mrd. \$ – in unkotierte, mittelgrosse Firmen zu stecken und diese auf Vordermann zu bringen. Nach einigen Jahren werden die Firmenanteile gewinnbringend wieder verkauft. Letzten Herbst gelang der Partners Group der Aufstieg in die oberste Schweizer Börsenliga, den SMI. Das Unternehmen ist an der Börse derzeit fast 29 Mrd. Fr. wert. Den drei Gründern gehören jeweils noch 5%.

Obwohl er sich also in die «Wirtschaftselite» hochgearbeitet hat, kann Gantner mit diesem Begriff und den herkömmlichen Interessenvertretern wenig anfangen. Aus dem Gespräch wird auch deutlich, dass er kein Wirtschaftsliberaler ist. So unterstützt er zum Beispiel die Idee eines Staatsfonds, um die AHV zu sanieren. Bei den herrschenden Negativzinsen erhalte die Schweiz noch 1 Mrd. Fr. geschenkt, wenn sie 100 Mrd. Fr.

aufnahme, erklärt er. Und er wisse aus seiner jahrelangen Geschäftstätigkeit, wie man auf 100 Mrd. Fr. eine Rendite von mindestens 5% erwirtschaftete. Auch von einer Erhöhung des Rentenalters hält er nichts.

Wo stehen Sie politisch?

Ich habe am ehesten Sympathien für die Partei Die Mitte. Ich stehe für einen verantwortungsvollen Liberalismus. Wenn Sie mich aber mit Vertretern der Denkfabrik Avenir Suisse in ein Büro sperren, brennt es auf beiden Seiten lichterloh. Diese Form eines kompromisslosen globalen und liberalen Denkens ist mit der Bevölkerung nicht zu machen. Ich halte zum Beispiel den Gewinnsteuersatz von 11,8% im zugerischen Baar, wo die Partners Group angesiedelt ist, für lächerlich tief. Das ist sozial nicht verantwortbar.



«Wir können auch ohne Personenfreizügigkeit jeder Firma ausländische Mitarbeiter bewilligen, die sie braucht», sagt Alfred Gantner.

Muss die Schweiz ihren Arbeitsmarkt mit immer weitergehenden flankierenden Massnahmen vor der EU-Konkurrenz schützen?

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist es absolut nachvollziehbar, dass man am Lohnschutz und am Schutz der Arbeitsbedingungen festhält. Für mich steht im Vordergrund, welche Politik der arbeitenden Bevölkerung am besten dient. Die Lohnunterschiede zwischen der Schweiz und der EU sind enorm. Wenn wir die Personenfreizügigkeit haben, bricht ohne Lohnschutz für einen Teil der arbeitenden Bevölkerung die Existenzgrundlage weg.

Sie haben 2014 die Masseneinwanderungsinitiative der SVP unterstützt, die Begrenzungsinitiative letztes Jahr dagegen abgelehnt. Wie stehen Sie zur Personenfreizügigkeit, dem wichtigsten bilateralen Abkommen?

Ich stehe hinter den bewährten bilateralen Verträgen in ihrer Gesamtheit. Wenn man aber die Personenfreizügigkeit nur ein klein wenig infrage stellt, wird man gleich in die Ecke derjenigen gestellt, die niemanden hereinlassen wollen. Darum geht es aber nicht. Wenn wir die Infrastrukturkosten mitrechnen, ist die Zuwanderung der letzten zehn Jahre eine hohe Belastung. Gewiss, für die Unternehmen ist das ideal, weil sie weniger Bürokratie haben. Aber das Wirtschafts- und auch das Einkommenswachstum pro Kopf waren nicht berauschend.

Also sehen Sie den freien Personenverkehr mit der EU kritisch?

Die Personenfreizügigkeit ist eine gute Sache, wie die anderen bilateralen Verträge auch. Wir sind bereit, weiterzugehen als die Engländer. Wir verschaffen Jahr für Jahr zusätzlich rund 30 000 Personen aus der EU ein Einkommen. Deshalb haben wir dafür auch eine Gegenleistung zugute. Ob diese bei der Anerkennung unserer Normen liegt, beim Forschungsprogramm Horizon oder bei einem künftigen Dossier Finanzdienstleistungen, wird man sehen müssen.

Aber die Firmen holen die Leute aus der EU doch nicht aus Mitleid, sondern weil sie ihnen etwas bringen. Etwa, weil sie gesuchte Fachkräfte sind.

Wir können auch ohne Personenfreizügigkeit jeder Firma ausländische Mitarbeiter bewilligen, die sie braucht. Heute bringen wir Personen aus Australien oder Neuseeland nur schwer in die Schweiz, weil EU-Arbeitnehmer Vorrang haben. Nehmen Sie doch Kanada und Australien: Diese Länder analysieren, wo es Knappheiten gibt und welche Qualifikationen es braucht.

Kontingente sind aber Planwirtschaft und anfällig für Lobbyismus. Sie haben mit der Partners Group sicher beste Beziehungen zur Zuger Regierung. Mögen Sie den Vorteil der Personenfreizügigkeit der Industrie nicht gönnen?

Wir waren bei der Industriefirma VAT im Rheintal engagiert. Ich weiss, was es heisst, Fachkräfte zu rekrutieren. Und wir besitzen ein Hotel mit 80 Mitarbeitern, da hat es Leute in der Küche aus Portugal, die braucht es ebenfalls. Deshalb war ich auch gegen die Begrenzungsinitiative.

Im September 2020 lehnte das Stimmvolk die Begrenzungsinitiative, die die Personenfreizügigkeit kündigen wollte, wuchtig ab. Doch das Verhältnis zur EU ist damit nicht geklärt. Während die europapolitische Devise lange lautete: «Alle gegen die SVP», ist der Widerstand beim Rahmenabkommen breiter. Die Wirtschaft ist nicht geeint. So gibt es unter den Kompass-Mitgliedern bekannte Namen: der Verwaltungsratspräsident von Kühne + Nagel, Jörg Wolle, sein Pendant bei Hilti, Heinrich Fischer, oder der Andermatt-Investor Samih Sawiris.

Dennoch strebt der Bundesrat weiter den Abschluss eines Rahmenvertrags an. Ohne diesen will die EU mit der Schweiz keine neuen bilateralen Marktzugangsabkommen mehr unterzeichnen und die bestehenden nur noch im Ausnahmefall aktualisieren. Bern spricht mit Brüssel über Nachbesserungen beim Lohnschutz, bei der Unionsbürgerrichtlinie und den staatlichen Beihilfen. In den innenpolitischen Konsultationen forderte zwar lediglich die SVP, dass die Schweiz den Rahmenvertrag zurückweist. Doch im Vakuum, das wegen der Passivität der Regierung entstanden ist, haben die kritischen Stimmen zugenommen. Sie stellen das Abkommen grundsätzlich infrage und fordern einen Übungsabbruch, bevor die demokratische Debatte richtig begonnen hat.

Warum engagieren Sie sich so stark gegen den Rahmenvertrag?

Weil ich überzeugt bin, dass es für die Schweiz der falsche Weg ist. Es gibt bei diesem Thema keine Interessen der Partners Group. Wir sind stark im EU-Markt engagiert und halten dort die Regulierungen ein.

Nehmen wir an, der Bundesrat würde Ihnen folgen und das Rahmenabkommen sistieren. Was sollten wir dann tun?

Die EU wird nach jahrelangen Verhandlungen zu Recht verärgert sein, wenn die Schweiz den Rahmenvertrag nicht unterschreibt. Deshalb sollten wir uns entschuldigen. Aber nach einer gewissen Ernüchterung wird man sich wieder an einen Tisch setzen.

Die Fragen, die sich mit dem Rahmenvertrag stellen, werden jedoch nicht verschwinden. Deshalb dürfte der britische Weg mit einem Rückbau der Bilateralen ein Thema werden. Wäre das für Sie eine Option?

Wenn wir zwischen dem Rahmenvertrag und dem Brexit-Abkommen wählen müssten, nähmen wir, ohne zu zögern, die zweite Option. Aber ich gehe nicht von einem Rückbau der Bilateralen aus, sondern von einer sektoriellen Erweiterung, aber ohne Automatismus. Die Verträge müssen einzeln kündbar sein, und eine dynamische Rechtsübernahme ist auf sektorieller Ebene zu beschränken, wie wir das etwa im Luftverkehr bereits kennen.

Und wenn Sie die Wahl zwischen dem Rahmenvertrag, einem reinen Freihandelsabkommen wie die Briten, dem EWR oder dem EU-Beitritt haben?

Das sind alles gangbare Optionen. Wir müssten auf ein modernisiertes Freihandelsabkommen setzen. Ich bin überzeugt, dass uns eine weitergehende Lösung als den Briten gelingt, weil diese bei der Personenfreizügigkeit und anderswo nicht bereit sind, mit der EU zusammenzuarbeiten. Man kann nicht voll integrierter Bestandteil des Binnenmarkts sein, ohne den Rahmenvertrag zu haben. Aber Sie vergessen bei den Optionen den Status quo, nämlich die Bilateralen, die wir weiterentwickeln könnten.

Welche Rolle wollen Sie neben dem Rahmenvertrag spielen?

Die Parteien und Verbände verlieren an Bedeutung und sind sich uneinig. Wir träumen von einer politischen Basisbewegung. Ich finde es unglaublich, was die Operation Libero erreicht hat. Wird das Rahmenabkommen abgelehnt, wollen wir bei Themen wie der Altersvorsorge, dem Strommarkt oder der Forschung konstruktiv mitarbeiten. Auch hier unterscheiden wir uns von der SVP.

Und dafür haben Sie Zeit?

Wir werden mit aller Vehemenz eine Kampagne gegen den Rahmenvertrag führen. Aber ich will kein zweiter Christoph Blocher werden und werde auch nicht für das Parlament kandidieren. Ich kann mich nicht auf Dauer so stark

engagieren, wie ich es jetzt tue. Unser Ziel ist es, Leute themenspezifisch an einen Tisch zu bringen. Innert zweier Wochen haben sich bereits über 3000 Leute gemeldet, denen der Rahmenvertrag ebenfalls Sorgen bereitet.

Wie finanzieren Sie sich?

Wir sind mit einem mittleren sechsstelligen Betrag gestartet, den wir beigesteuert haben. Wer sich bei uns registriert, muss nicht zahlen. Allerdings hat ein Drittel der Mitglieder von Kompass/Europa finanzielle Unterstützung zugesagt. Transparenz ist mir wichtig. Man sollte in der Politik sehen, wer wie viel zahlt und mit welchen Interessen. Da bin ich eher auf der Seite der Linken. Wünschenswert wäre, dass die Finanzierung unserer Allianz breit abgestützt wird. Am Schluss müssen aber vor allem die Argumente überzeugen.

5 Kommentare

Hugo Reichmuth vor 37 Minuten

Schön zu sehen, dass es Liberale gibt, die unter "Liberalismus" nicht nur Profitmaximierung verstehen, sondern damit auch eine politische Vision verbinden. So könnte man fast wieder FDP wählen... Wenn Profitmaximierung das einzige politische Ziel ist, kann man gleich die Souveränität aufgeben und sich der KPCh oder der EU unterwerfen. Die Volksrepublik ist der grösste Markt der Welt, die EU der wichtigste Markt für die Schweiz. Rein buchhalterisch macht Souveränität keinen Sinn. Aber eben - es gibt auch politische Ideale. Und ob die EU eine Zukunft hat, muss sich noch weisen. Ich wünsche Herrn Gantner viel Glück mit seinem Projekt. Ein echter Lichtblick. Ich habe kein Interesse, dass die Schweiz eine EU-Kolonie wird. Wer unbedingt EU haben will, kann ja dorthin ziehen. Die PFZ funktioniert in beide Richtungen.

6 Empfehlungen

Hugo Reichmuth vor 28 Minuten

Wissen Sie, wie sich das Leben langfristig in der EU entwickeln wird? Alle nennen die kurzfristigen Folgen des Brexits und erklären, dass ein Leben ausserhalb der EU unmöglich ist. Wie sieht denn das Leben innerhalb der EU langfristig aus? Der Euro zerstört den ganzen Süden, eine Aussenpolitik existiert nicht, Uschi ist schon in Deutschland eine Totalversagerin gewesen, Rumänien und Bulgarien haben die 1970er-Jahre nie verlassen usw usf. Die EU ist das fleischgewordene TEAM-Prinzip: Toll, ein anderer macht's. Respektive: Toll, der Norden zahlt. Wird langfristig scheitern. Ein US-Amerikaner WIRD man. Deutscher, Franzose oder Schweizer IST man. Wir hier in Europa sind diejenigen, die lieber verhungerten, umgebracht wurden oder schlechte Regierungen erduldeten, als woanders hinzugehen. Der sichere Tod ist uns lieber als eine unsichere Zukunft. Darum wird eine USE nicht funktionieren. Wir beharren auf unsere Eigenarten. Wenn man eine USE haben will, braucht man einen Stalin als EU-Vorsitzenden. Aber die UdSSR ist letztlich trotzdem gescheitert.

2 Empfehlungen

Alle Kommentare anzeigen

Mehr zum Thema

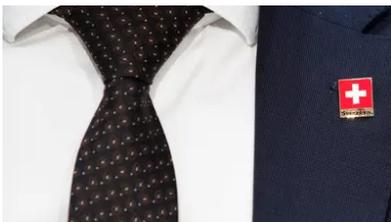


ERKLÄRT

Was Sie über das Rahmenabkommen mit der EU wissen müssen

Der Entwurf des Rahmenabkommens zwischen der Schweiz und der EU liegt seit Ende 2018 auf dem Tisch. Doch der Bundesrat zögert bis heute, dieses zu verabschieden. Worum geht es und wo liegen die Probleme?

Tobias Gafafer, René Höltschi 27.09.2020



KOMMENTAR

Hat Boris Johnson besser verhandelt? Wo der Brexit-Vertrag der Schweiz helfen kann und wo nicht

Das Freihandelsabkommen zwischen Grossbritannien und der EU wirkt sich auch auf die Debatte zum Rahmenvertrag aus. Trotz gewichtigen Unterschieden lassen sich für die Schweiz interessante Schlüsse ziehen.

Tobias Gafafer 21.01.2021





Weshalb die Hürden für Schweizer Firmen beim Export in die EU nun oft niedriger sind als für ihre britischen Konkurrenten

Industrieunternehmen, Versicherungen, Transportfirmen und Selbständigen aus der Schweiz steht in gewissen Bereichen ein besserer Zugang zum EU-Markt offen als der Konkurrenz aus Grossbritannien.

Christoph G. Schmutz, Brüssel 21.01.2021



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.